

turaustausches" stattfindende, Einhalt geboten werden müsse (XNA, 27.7. und 2.8.82).

-we-

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(3)

Beitritt Chinas zur UNO-Flüchtlingskonvention

Im Oktober 1982 trat die VR China einer im Rahmen der UNO abgeschlossenen Flüchtlingskonvention und einem erweiterten Zusatzprotokoll bei. Dies gab UNO-Flüchtlingskommissar Poul Hartling bekannt, der diesen Schritt Beijings auch deswegen für bedeutungsvoll hielt, weil China inzwischen mehr als 260.000 Flüchtlingen aus Indochina Asyl gewährt habe.

Das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1951, das 1954 in Kraft trat, verpflichtet die Vertragspartner, Flüchtlinge mit eigenen Staatsangehörigen weitgehend gleichzustellen. Flüchtlinge dürfen vor allem nicht wegen ihrer Rasse, Religion oder wegen spezifischer Bedingungen des Heimatstaats diskriminiert werden. In der Ausübung einiger Rechte - so etwa beim Zugang zu Gerichten oder bei der Grundschulausbildung - müssen Flüchtlinge ebenfalls wie eigene Staatsangehörige behandelt werden. In anderen Bereichen - etwa bei der Berufsausübung und bei der Gründung von Vereinen etc. - sind sie wie "privilegierte" Ausländer zu behandeln.

Das Zusatzprotokoll von 1967, dem China gleichfalls beigetreten ist, hob zeitliche und regionale Beschränkungen der Flüchtlingskonvention auf.

Allerdings will China einige Klauseln der Konvention von 1951 und des Protokolls von 1967 nicht anerkennen, u.a. nicht die Gleichstellung von Flüchtlingen auf dem Gebiet des geistigen Eigentums, ferner bei der Behandlung durch Gerichte und schließlich auch nicht die Internationale Schiedsgerichtsklausel. Hier handle es sich um drei Materien, in deren Bereich China Besonderheiten aufweist oder aber sich noch nicht hat an die internationalen Gepflogenheiten anschließen können. U.a. hat es beispielsweise weder die mandatorische Gerichtsbarkeit Internationaler Gerichte noch die Ordnung der World Intellectual Property Organization anerkannt (RMRB, 29.8.82). Man dürfe hier nichts überstürzen.

Am 2. September 1982 hatte Deng Xiaoping den UNO-Hochkommissar Hartling in Beijing empfangen (XNA, 2.9.82).

-we-

(4)

Konvention gegen die Apartheid

Anfang März beschloß der Ständige Ausschuß des NVK, zwei Konventionen beizutreten, die von der UNO-Vollversammlung am 30. November 1973 beschlossen worden waren, nämlich der "Internationalen Konvention über die Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid" sowie der "Konvention über die Verhinderung und Bestrafung des Völkermordverbrechens".

Beide Konventionen seien das Ergebnis eines lang hingezogenen Kampfes gegen "Imperialismus, Kolonialismus und Rassismus", wie er von den Völkern der Dritten Welt, vor allem den afrikanischen Staaten, geführt worden sei.

Allerdings hat China Vorbehalte gegen die Schiedsgerichtsklausel, derzufolge Streitigkeiten zwischen den Teilnehmerstaaten über Interpretation, Anwendung oder Durchführung der Konvention einem Internationalen Gericht vorgelegt werden sollen. China habe bis jetzt in keinem Fall eine mandatorische Rechtsprechung durch ein Internationales Gericht anerkannt. Auch die Ratifikation einer entsprechenden Justizkonvention durch die "Taiwan-Behörden" am 19. Juli 1951 "im Namen Chinas" sei illegal und ungültig (XNA, 3.3.83).

-we-

(5)

China will wieder in der ILO mitarbeiten

Im Juni 1983 findet die nächste Arbeitskonferenz der ILO (International Labour Organization) statt. Die Regierung in Beijing hat angekündigt, daß sie - nach einer elfjährigen Politik des leeren Stuhls - zum ersten Mal wieder an dieser Konferenz teilnehmen will. Die ILO wurde 1919 im Rahmen des Völkerbundes etabliert und später - seit Gründung der UNO - als UNO-Sonderorganisation übernommen. Ihr Sitz ist in Genf. Aufgabe der Organisation ist es, die Arbeitsbedingungen, den Lebensstandard, die wirtschaftliche und soziale Stabilität in den Mitgliedstaaten durch einschlägige Maßnahmen zu verbessern. Die ILO hat zwei Organe, nämlich die Internationale Arbeitskonferenz, die jährlich einmal tagt und sich aus den Vertretern der Mitglied-

staaten zusammensetzt (beschlossen werden dabei Arbeitsnormen und Empfehlungen an die Mitgliedstaaten), und ferner das Internationale Arbeitsamt und einen Verwaltungsrat, bestehend aus vierzig Mitgliedern.

China gehört der ILO seit deren Gründung i.J. 1919 als Mitglied an. Von 1949 bis zur Anerkennung der Volksrepublik durch die UNO (und damit auch durch die ILO) i.J. 1971 wurde China allerdings durch Taiwan vertreten. Aus diesem Grunde auch hat sich Beijing geweigert, mit der Organisation zusammenzuarbeiten, und hat sich auch geweigert, Beiträge zu leisten, deren Rückstände heute auf eine Summe von 36,4 Mio. \$ angelaufen sind. Die Regierung der VR China macht ihren "Wiedereintritt" in die ILO davon abhängig, daß diese Beitrags-"Rückstände" gestrichen werden. Es gilt als sicher, daß diesem Begehren bei der nächsten Konferenz stattgegeben wird. Insgesamt hat China 71 Konventionen der ILO ratifiziert, davon 23 durch die Regierung von Taipei. Bisher ist noch unklar, ob Beijing diese 23 Ratifikationsmaßnahmen anerkennt oder ob es sie - in toto oder partiell - ex post neu ratifiziert.

-we-

(6)

Beijing will Asiatische Entwicklungsbank beitreten

Die Volksrepublik ist an einer Aufnahme in die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) interessiert, allerdings nur unter der Bedingung, daß Taiwan ausgeschlossen wird. Dies teilte Qi Huaiyuan, Leiter der Informationsabteilung des chinesischen Außenministeriums, am 8. März 1983 in Beijing mit.

Japan, das den größten Teil des Kapitals der Bank stellt, hatte bereits im Januar angekündigt, es werde den chinesischen Aufnahmeantrag unterstützen. Die Reaktion Washingtons, das ebenfalls einen erheblichen finanziellen Beitrag leistet, steht dagegen noch aus. Von amerikanischer Seite war jedoch unterstrichen worden, daß Taiwan die in Manila sitzende Bank mitgegründet habe und ein treues Mitglied sei. Lt. Satzung der ADB würde die Aufnahme der Volksrepublik China automatisch zum Ausschluß von Nationalchina führen. Die US-Regierung könnte in dieser Frage das entscheidende Wort haben, da der Stimmanteil der 45 Mitglieder dem jeweiligen Kapitalbeitrag entspricht, der im Falle der USA relativ hoch ist.

Wie Qi in Beijing sagte, sollten die Vereinigten Staaten klar und eindeutig Chinas Forderung nach einem Ausschluß der Taiwan-Behörden aus der Bank und nach einer Zulassung der Volksrepublik unterstützen, anstatt Hindernisse aufzubauen. Wenn die Vereinigten Staaten entschlossen seien, ihrer Verpflichtung gemäß zu handeln, deren Text in chinesischem-amerikanischen Kommunikatons von 1978 und 1982 eingegangen sei, so könnten sie nur ein China, und zwar die Regierung der Volksrepublik China, als die einzige legale Regierung Chinas anerkennen.

Wie der amerikanische Außenminister, George P. Shultz, erklärte, unterstützt Washington zwar Beijings Antrag, der Bank beizutreten, wendet sich jedoch andererseits gegen den Ausschluß von Taiwan. Falls Taiwan ausgeschlossen würde, könnten die Vereinigten Staaten ihre Unterstützung für die Bank zurückziehen. Nach Informationen aus diplomatischen Kreisen ist die Volksrepublik besonders darüber verärgert, daß die Vereinigten Staaten Druck auf Japan und einige südostasiatische Länder ausübten, um Taiwan als ein Vollmitglied in der Bank zu halten (IHT, 6.3.83; Ostinformationen, 9.3.83).

Ob China auch Kredite von der ADB in Anspruch nehmen wird, ist eine Frage, die bisher nicht beantwortet ist. Das größte Mitgliedsland, Indien, hat bisher auf Kredite verzichtet, allerdings auch angedeutet, daß es vielleicht ab 1983 seine Ziehungsrechte wahrnehmen werde.

Bei der ADB können zwei Arten von Krediten in Anspruch genommen werden, nämlich "normale" Anleihen mit verhältnismäßig hohen Zinssätzen von 10-11% (die Gelder dafür werden von der ADB auf dem Kapitalmarkt aufgenommen) und Sonderanleihen aus dem Spezialfonds, die lediglich einen Bearbeitungssatz von 1% kosten. Diese "weichen Kredite" kommen allerdings nur den LDC-Staaten zugute, in der ASEAN-Gemeinschaft also beispielsweise nur der Republik Indonesien.

Da China Gelder für 10-11% auch aus anderen Quellen beziehen kann, geht es ihm in erster Linie wohl nicht um Kredite, sondern um die Mitgliedschaft und die damit verbundene Fortführung seiner bisherigen Taiwan-Politik.

-lou-
-we-

(7) Unzufriedenheit Chinas mit der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds

Als China im April 1980 Mitglied des Internationalen Währungsfonds (IMF: International Monetary Fund) sowie der Weltbank wurde, hatte es optimistische Krediterwartungen (im einzelnen dazu C.a., August 1980, S.677-680).

Die Weltbank-Gruppe besteht aus der Bank selbst, ferner der International Development Association (IDA) und der International Finance Corporation (IFC). Gemeinsames Ziel der drei Organisationen ist die Hebung des Lebensstandards in den Entwicklungsländern durch die Vergabe von Finanzierungsmitteln aus den Industriestaaten an die Entwicklungsländer. Die Weltbank vergibt Darlehen nur für produktive Zwecke und meist projektbezogen, in neuerer Zeit allerdings auch allgemein strukturbezogen. Die Mittel werden mit langen Laufzeiten und zinslos vergeben. Beim IMF können mit der jeweils landeseigenen Währung die Währungen anderer Mitglieder gekauft werden. IMF und Weltbank wurden 1944 gegründet. Nach 1949 wurde die Repräsentanz Chinas in beiden Organisationen zunächst von Taipeh übernommen, dessen Vertreter allerdings 1980 von denen Beijings verdrängt wurden.

China hat entgegen seinen Erwartungen bisher nur geringe Kredite von der Weltbank erhalten, und zwar für ein 200-Mio.-US\$-Universitätsentwicklungsprojekt, in das mehrere Universitäten einbezogen sind, ferner eine 60-Mio.-Anleihe für landwirtschaftliche Projekte in der nordchinesischen Ebene. Die 200 Mio. US\$ wurden zur Hälfte zinsfrei vergeben.

Weitere Projekte stehen vorerst nur zur Diskussion, darunter ein 124-Mio.-Hafenentwicklungsprojekt, durch das die Umstellung auf Containerverladung in den Häfen von Tianjin, Shanghai und Guangzhou gefördert werden soll.

Bedenkt man, daß Indien bisher jährlich fast 1,5 Mrd. \$ an Krediten bekommen hat, so sind die 260 Mio. \$ für China nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein.

Ursächlich dafür war vor allem die Finanzlage zur Zeit des chinesischen Beitritts. Als i.J. 1980 gerade 12 Mrd. US\$ für die IDA (eine Tochtergesellschaft der Weltbank) eingeworben wurden, war China noch nicht Mitglied. Die gesamte Summe wurde damals

für die Periode "IDA 6", also für die Jahre 1981 bis 1983, vergeben. Bei "IDA 7" (1985-87) wäre China nun zwar voll präsent, doch inzwischen sind die Mittel knapp geworden. Für das Jahr 1984, das zwischen die beiden IDA-Perioden fällt, mußten neue Mittel eingeworben werden. Diesem Zweck diente die 37. Jahressitzung des IMF und der Weltbank im September 1982, an der mehr als 1.000 Vertreter aus 146 Ländern teilnahmen. "Dank den gemeinsamen Bemühungen der Vertreter aus der Dritten Welt" sei es gelungen, genügend Gelder zusammenzubringen, um die IDA instandzusetzen, in den Jahren 1983/84 den Ländern mit niedrigem Einkommen 7 Mrd. US\$ Kredite zu niedrigen Zinsen zu gewähren. Zu diesem Zweck haben sich 31 Länder verpflichtet, i.J. 1984 der IDA 2 Mrd. US\$ zu gewähren. Allerdings schlossen sich die USA, eines der 32 Länder, die in den letzten Jahren der IDA Beiträge gezahlt hatten, dieser Vereinbarung nicht an. Schon 1980 waren die Weltbank-Mitglieder übereingekommen, der IDA 12 Mrd. US\$ an zusätzlichen Fonds für den Fiskalzeitraum 1981-83 zu gewähren. Hiervon sollten die USA 3,24 Mrd. übernehmen. Da die USA jedoch ihren Beitragsverpflichtungen nicht vor 1984 nachkommen werden, mußten die IDA-Programme im Fiskaljahr 1982 um 35% gekürzt werden, und zwar von 4,1 Mrd. auf 2,7 Mrd. US\$.

Auch für die Zukunft sind die Aussichten trübe. Auf der Jahressitzung im September 1982 stimmten die 32 Geberländer darin überein, in absehbarer Zeit mit Diskussionen über die Beitragszahlung an die IDA für die Jahre 1985-87 zu beginnen. Über die Höhe der Fonds, die an den IMF/IDA einzuzahlen sind, wurde bisher jedoch noch keine Einigung erzielt - eine Tatsache, die von Xinhua (XNA, 11.9.82) mit scharfen Worten getadelt wird.

Finanzminister Wang Bingqian wies am 7. September in Washington auf die Verpflichtung der entwickelten Länder hin, nach wie vor Wirtschaftshilfe zu leisten und von protektionistischen Maßnahmen gegen die Entwicklungsländer abzuweichen. "Besonders zu erwähnen ist, daß eins der wichtigsten entwickelten Länder nicht termingerechtere seine Zusagen gegenüber den internationalen Währungsinstitutionen erfüllte, eine Tatsache, die zur 'Krise der IDA' geführt und die 'Hilfe an Länder mit niedrigem Einkommen ernsthaft beeinträchtigt hat' - so Wang wörtlich (XNA, 9.9.82).

Nach wie vor spielten IMF und Weltbank eine hervorragende Rolle bei der Förderung der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Beide Weltinstitutionen sollten in Zukunft für substantiellere Verbesserungen und für mehr Reformen arbeiten.

U.a. kritisiert China, daß der IMF an Südafrika 102 Mio.US\$ zu günstigen Bedingungen vergeben habe (XNA, 23.11.82). Der Forderung von 24 Entwicklungsländern nach Erhöhung der Beiträge zum IMF wird Beifall geleistet (XNA, 11.2.83).

-we-

(8) GATT und "Welthandelskrieg"; China wirft den Industrieländern Protektionismus vor

Vom 24. bis 29. November 1982 fand in Genf die Ministertagung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) statt, die nach heftigen Kontroversen mit einer - wie es in chinesischen Kommentaren heißt - "nichtssagenden" Schlußerklärung endete. Mehrere Konferenzteilnehmer, darunter vor allem die Vertreter der EG-Länder, die über 40% des Welthandels abwickelten, hätten sogar diese Schlußerklärung nur mit Vorbehalten aufgenommen.

Die Konferenz habe "vor dem Hintergrund einer Zuspitzung des Welthandelskriegs stattgefunden". Die Konferenzhalle in Genf sei ein "rauchendes Schlachtfeld" gewesen.

Im Mittelpunkt der Tagung standen zwei große Fragenkreise, nämlich die Subventionen für Agrarprodukte und der amerikanische Antrag auf Erweiterung der GATT-Bestimmungen im Bereich des Austausches von Dienstleistungen.

Was die Agrarsubventionen angeht, so werden im Rahmen der EG hierfür jährlich 38-40 Mrd.US\$ aufgewendet. Vor allem die USA, Australien, Kanada und einige Entwicklungsländer verlangten von der EG, diese Subventionen abzuschaffen - ohne Ergebnis, wie sich am Schluß herausstellte.

Der Antrag auf eine Liberalisierung des Dienstleistungsaustausches wurde von den meisten Entwicklungsländern und nicht zuletzt auch von Japan abgelehnt. Die Amerikaner befanden sich also durchwegs auf der Liste der Liberalisierung drängenden Antragsteller, während die "Ablehnungsfront" aus wechselnden Teilnehmern bestand.

Am Ende freilich waren die Hauptopfer allemal, wie China meint, die Entwicklungsländer, deren Export darunter leidet, daß die Industrieländer zahlreiche raffinierte Zoll- und Nichtzollbarrieren aufgerichtet haben und daß daran häufig die Primärprodukte der Entwicklungsländer hängen bleiben.

Die Kontroversen der Genfer Konferenz übertrafen alle - ähnlich gelagerten - Auseinandersetzungen bei der entsprechenden Tokyo-Konferenz von 1973. Die Tatsache, daß Vertreter und Beobachter aus mehr als 100 Ländern und Gebieten sich nicht auf eine Vereinbarung einigen konnten, habe, wie es in den chinesischen Kommentaren heißt, die Verschärfung der Weltwirtschaftskrise und die Zuspitzung des Kampfes um die Absatzmärkte in einzigartiger Weise offenbart. Die Industrieländer hätten offensichtlich wenig aus den Erfahrungen der dreißiger Jahre gelernt. Der Protektionismus der damaligen Zeit habe zu einer Wirtschaftsrezession und zu einer Weltwirtschaftskrise ohnegleichen geführt. Alle Anzeichen sprächen dafür, daß sich der Westen auch heute wieder in einer schweren Wirtschaftskrise befinde - der schwersten überhaupt seit dem Kriegsende. Das Ringen um Absatzmärkte sei heute ein Kampf auf Leben und Tod geworden. Die Aussichten auf einen Kompromiß und auf eine Abwendung ähnlicher Entwicklungen, wie sie 1929 ff. stattgefunden hätten, seien nicht gerade rosig (XNA, 30.11.82; BRu 1982, Nr.50, S.8 f.).

-we-

(10) UN-Auszeichnung für chinesischen Familienplanungsminister

Qian Xinzong, der chinesische Minister für Familienplanung, wurde im März 1983 zusammen mit Indira Gandhi von der UNO mit einem Preis für Verdienste um die Bevölkerungspolitik ausgezeichnet. Der Minister wertete diese Anerkennung als Zeichen für die weltweite Anteilnahme an und Unterstützung für Chinas Bemühungen um die Familienplanung. China ist Mitglied in der Bevölkerungskommission der Vereinten Nationen. Die bisherigen Erfolge Chinas, so sagte Minister Qian in einem Interview, seien der breiten Unterstützung des chinesischen Volkes zu verdanken. In der öffentlichen Kampagne für Familienplanung zu Beginn dieses Jahres seien 8,86 Millionen kontrazeptive Operationen durchgeführt worden, und 1,64 Millionen Ehepaare hät-

ten sich zur Ein-Kind-Ehe bekannt, so daß die Zahl dieser Ehepaare jetzt auf 14 Millionen gestiegen sei. Chinas Anstrengungen, die Bevölkerung einzuschränken, würden nicht nur China zugute kommen, sondern einen Beitrag zum Bevölkerungsprogramm der ganzen Welt leisten (XNA, 19.3.83). Qian Xinzong, heute 72 Jahre alt, ist ursprünglich Mediziner und war schon einmal Anfang der sechziger Jahre für Familienplanung zuständig. Er ist seit 1982 Leiter der Staatlichen Familienplanungs-Kommission im Ministerrang (XNA, 10.3.83).

AUSLÄNDER UND DIE VR CHINA

(10) Florierender Tourismus

Seit dem Beginn der Öffnung Chinas für den allgemeinen Tourismus i.J. 1978 hat sich die Zahl der Touristen mehr als verdoppelt. 1978 kamen - wenn man die Huaqiao nicht mitzählt - 125.000 ausländische Touristen nach China, 1980 waren es rund 200.000 (ergänzt von 600.000 Überseechinesen) und 1982 300.000. 1983 sollen insgesamt 400.000 "Ausländer" (bei insgesamt 1,3 Millionen Touristen) beherbergt werden (BRu 1981, S.3, S.6 und 1983, Nr.6, S.6 f.). (An anderer Stelle ist von 229.000 Ausländern i.J. 1978 und 670.000 Ausländern i.J. 1981 die Rede. Stets wird in diesem Zusammenhang der Direktor von Luxingshe, Han Kehua, zitiert, XNA, 13.10.82.)

Nach einer Faustregel des Staatlichen Reisebüros Luxingshe hinterläßt ein Tourist im Schnitt 100 \$ pro Tag.

Der generelle Kurs für den China-Tourismus wurde i.J. 1981 festgelegt. Die grundsätzliche Frage lautete dabei, ob China das Beispiel der "klassischen Reise Länder" nachahmen und beispielsweise seine Strände mit Hotels "vollpflastern", das Nachtleben großschreiben oder den Individualtourismus fördern sollte.

Die Entscheidung ging dahin, "den chinesischen Weg zu beschreiten" und soweit wie möglich die Fehler anderer Reiseländer zu vermeiden. Grundsätzlich sollen danach in Zukunft die historischen Stätten geöffnet und Hotels möglichst in einheimischem Stil gebaut werden. Auch das "Nachtleben" sei nach chinesischem Geschmack zu gestalten: also keine "Ausschweifungen", sondern Opern-, Gesangs- und Tanzauf-

führungen, Konzerte, Akrobatik etc. Auch Spezialreisen sollen künftig von Luxingshe angeboten werden, so z.B. Kochkurse, Sprachkurse auf Rädern, Trecks durch Wüsten usw. Auch das chinesische Personal soll chinesische Traditionen, z.B. die der Höflichkeit, pflegen. Zu diesem Zweck werden immer häufiger Kurse durchgeführt. Neuerdings gibt es auch Hotelfachschulen.

Für die Organisation des Reisebetriebes ist das Staatliche Reisebüro Luxingshe verantwortlich, dem die Büros für ausländische Touristen, für Auslandschinesen und für Jugendreisen unterstehen. Ferner betreibt Luxingshe noch eine GmbH für China-Reisen in Hongkong, die zugleich auch international als Generalvertretung für China-Reisen auftritt und darüber hinaus Agenturen in Tokyo, New York, Paris und London unterhält.

Hand in Hand mit der oben erwähnten quantitativen Erweiterung wurden neue Besuchsorte geöffnet und Hotels gebaut. Im Oktober 1982 beispielsweise wurde das Xiangshan- ("Duftende Berge") Hotel in den gleichnamigen Berggebieten westlich von Beijing eröffnet. Es ist ein 500-Betten-Hotel mit allem modernen Komfort (XNA, 18.10.82). Auch in anderen Städten, so z.B. in Guangzhou, sind - häufig in Zusammenarbeit mit ausländischen Baufirmen und Hotelmanagements - Hotels modernsten Zuschnitts entstanden. Auch für Luxusetablissemments soll in Zukunft gesorgt werden. Im Dezember unterzeichnete beispielsweise der französische Modeschöpfer Pierre Cardin einen Vertrag über den Bau eines "Maxim's"-Restaurants in Beijing, das erste westliche Restaurant in der VR China (SWB, 23.12.82). Meist sind es aber nicht Luxusbauten, sondern Unterkünfte einfacheren Zuschnitts, die z.T. errichtet werden. In Zhengjiang, das an der Kreuzung zwischen Kaiserkanal und Changjiang liegt, wurde beispielsweise ein Hotel in Fertigbauweise aufgestellt, dessen wichtigste Elemente aus Holzverschalungen bestehen. Ansonsten entstehen Touristenhotels im chinesischen Stil. Im Kreis Zuoxian/ Provinz Hebei wurde z.B. ein Hotel nach dem Schema eines einstöckigen Hofhauses in nordchinesischem Stil aus Ziegelsteinen errichtet, das innen allerdings modern ausgestattet ist. In der Provinz Shaanxi befinden sich drei Hotels im Bau, deren Stil den historischen Gebäuden der alten chinesischen Hauptstadt Chang'an nachempfunden ist. In den südchinesischen Küstenprovinzen

Guangdong und Guangxi entstehen einige Hotels im südchinesischen Stil, wobei die Anlagen durch chinesische Gärten eingefakt werden. Im Touristengebiet Mangshan/Zhengzhou (Provinz Henan) und in der Stadt Xi'an (Provinz Shaanxi) werden auf der Lößhochebene Höhlenhotels gebaut. Darüber hinaus ist geplant, in der Inneren Mongolei Jurten und in der Provinz Yunnan Bambusbungalows für Touristen einzurichten. In den Großstädten bemüht man sich seit neuestem darum, beim Bau von Hotels dem Stil der umliegenden Gebäude Rechnung zu tragen und bei der Ausstattung mit Möbeln die lokalen Formen mit zu berücksichtigen.

Insgesamt befinden sich gegenwärtig drei Dutzend Touristenhotels im Bau. Nach ihrer Fertigstellung soll China i.J. 1985 ca. 1,65-1,95 Millionen ausländischen Gästen Unterkunft bieten können. Von den 31 genannten Hotels werden 19 (mit insgesamt 9.600 Betten) durch Mittel der VR China und 12 (mit insgesamt 9.680 Zimmern) mit ausländischem Kapital finanziert. Eine der schlimmsten Lücken - der Bettenmangel - wäre damit z.T. geschlossen.

Angesichts der Gewinnträchtigkeit des Touristengeschäfts sieht sich die Staatliche Reisegesellschaft Luxingshe nach immer neuen Erweiterungsmöglichkeiten um. Großgeschrieben wird neuerdings der Individualtourismus. Bis 1990 soll die Zahl der Individualtouristen auf 30-40% ansteigen (XNA, 13.10.82).

Außerdem sollen die Formalitäten vereinfacht werden. Insgesamt 29 Städte und Kreise sind schon heute ohne Voranmeldung und ohne Ortsaufenthalterlaubnis für Touristen zugänglich, darunter vor allem Beijing, Tianjin und Shanghai (XNA, 22.10.82). Bisher mußte für den Besuch dieser Orte stets eine polizeiliche Erlaubnis vorhanden sein, die an Ort und Stelle auch gleich nachgeprüft wurde.

Auch das Angebot an Reisezielen wird von Jahr zu Jahr erweitert. Orte, die noch vor wenigen Jahren unzugänglich schienen, wie die Provinz Sichuan oder die Autonomen Regionen Xinjiang und Tibet, sind heute bereits "offen" - letzteres allerdings nur unter erheblichen Kosten und bei äußerster Kontingentierung. Auch ausländischen Bergsteigern wird eine wachsende Zahl von Bergtouren zugänglich gemacht.

Vom 28. Februar bis 4. März 1983 fand in China die erste Interna-

tionale Tourismuskonferenz statt, bei der China sich als Touristenland präsentierte und u.a. Gespräche über die Organisation der Reisegruppe für 1984 führte. An der Konferenz nahmen Vertreter aus zwanzig Ländern teil (XNA, 1.3.83).

Gewisse Schwierigkeiten hat China noch mit ausländischen Sitten und Unsitten. Im September wurde ein Amerikaner überrascht, als er in seinem Hotelzimmer ein Stelldichein mit einer Chinesin hatte, die allerdings, wie sich nachträglich herausstellte, einen kanadischen Paß besaß: Die Zusammenkunft war vom chinesischen Detektivpersonal beobachtet worden (IHT, 9.9.82). Kummer bereitet auch der illegale Kauf von "Antiquitäten" und überhaupt Gegenständen, die nicht über den staatlich kontrollierten Handel laufen, sondern immer häufiger entlang der Besuchsorte von geschäftstüchtigen "Privatunternehmern" angeboten werden. Schwierigkeiten gab es auch lange Zeit mit der Art und Weise, wie Ausländern die chinesischen Einrichtungen vorgestellt wurden. Hier allerdings hat sich in den letzten zwei Jahren eine erfreuliche Änderung des Tons eingestellt. Die "dogmatische" Erklärung tritt zurück und macht einer mehr historisch-sachbezogenen Erklärungsweise Platz. "Laßt ausländische Besucher die wahre Lage sehen", heißt heute die offizielle Parole (BRu 1982, Nr.2, S.26). Nicht abfinden können sich die Behörden auch mit den neurotischen "Kilroys", die neuerdings nicht nur in den Hotels, sondern auch an historischen Gebäuden, wie beispielsweise dem Sommerpalast, ihre Graffiti- und Sprühdoseninschriften hinterlassen.

-we-

INNENPOLITIK

(11) Beginn der Wahlen zum VI.NVK

Am 16. März 1983 begannen die Wahlen der Abgeordneten für den VI. Nationalen Volkskongreß, mit dessen Einberufung für Mitte dieses Jahres gerechnet wird. Die NVK-Delegierten werden von den ebenfalls neugewählten Volkskongressen auf Provinzebene gewählt. Den Anfang machte der VIII. Volkskongreß der Stadt Beijing, der auf seiner 1. Tagung vom 16. bis 24. März 1983 insgesamt 70 Abgeordnete für den VI. Nationalen Volkskongreß wählte. Bis Ende April soll die Wahl aller Delegierten für den VI. NVK abgeschlossen sein (XNA, 16.3.83).

-sch-